

## Obama ist auch nur ein Präsident

### Ein erstes Amtsjahr im Zeichen von Krieg und Wirtschaftskrise

**Die Wahl Barack Obamas zum ersten schwarzen Präsidenten der Vereinigten Staaten war nicht zuletzt eine Folge der Wirtschaftskrise sowie der Kriege im Irak und in Afghanistan. Diese beiden Faktoren haben auch das erste Amtsjahr geprägt.**

***Beat Ammann, Washington***

Ein Wahlkämpfer kann sich darauf beschränken, ganz wenige Botschaften unter das Volk zu bringen, im Extremfall vielleicht nur eine einzige. Barack Obama schien viele Botschaften zu haben, da er überall «Wandel» verhiess. In mancher Hinsicht jedoch bestand seine Trumpfkarte vor allem darin, «anders» zu sein, nicht George W. Bush, nicht Republikaner und nicht John McCain. Sein republikanischer Gegenkandidat geriet ins Schleudern, als wenige Wochen vor dem Wahltag die Wirtschaftskrise eskalierte. Obamas mitreissende, aber nicht aggressive Rhetorik traf die Stimmung im Land: Die Kühnheit grosser Hoffnung war eine angemessene Reaktion.

### **«Babylon» überdauert**

Als Präsident ist Obama im ersten Jahr damit gescheitert, den politischen Betrieb versöhnlicher und kooperativer zu gestalten. Wäre er ein religiöser Prediger, er hätte Washington, die Hauptstadt der Nation, als Symbol von Korruption und Ineffizienz «Babylon» genannt. Der vielschichtige Anspruch des Wahlkämpfers war, in Washington zwar auszumisten, doch gleichzeitig – ein Grundthema Obamas und letztlich Amerikas –

Leute unterschiedlicher Denkart und Herkunft zu vereinen und als Team zu den in Zeiten wie diesen erforderlichen besseren Leistungen zu führen.

Die Republikaner verweigerten die Zusammenarbeit, aus Kalkül und Unfähigkeit, sich zusammenzurufen. Doch dies allein erklärt nicht, dass von der Überparteilichkeit, mit der Obama nationale, staatstragende Lösungen zu schmieden verhieß, nach einem Jahr nichts zu sehen ist. Die Gesundheitsreform – ein historischer Erfolg, falls sie gelingt –, wird nicht ein Kompromiss zwischen Demokraten und Republikanern sein, sondern einer unter linken und weniger linken Demokraten. Ein Veto drohte jüngst von einzelnen Demokraten, nicht von der abseits stehenden Opposition, die ihre Machtlosigkeit als Tugend drapiert.

### **Keine Alleinherrschaft**

Obama ist auch nur ein Präsident, der Teil eines Systems ist, nicht dessen Chef. Wer die Erwartung hegte, Obama vermöge dank Charisma und Rhetorik, intellektueller Brillanz und Gleichmut eine in mancher Hinsicht unzulängliche politische Maschinerie im Alleingang zur Produktion besserer Gesetze und von mehr Gemeinsinn zu bewegen, sieht sich getäuscht. Dass «Washington» – mindestens in der Optik des Landesinneren – schlecht funktioniert, lässt sich daran ablesen, dass der Kongress im Publikum eine unverändert geringe Wertschätzung genießt.

Obwohl beide Kammern von den Demokraten dominiert sind, hatte Obama den Rücken nicht frei. Das Kalkül demonstrativer Nichtkooperation der Republikaner ging halbwegs auf: Es war unübersehbar, dass Obama entgegen seiner Ankündigung, «Washington» zu umgehen oder zur Entwöhnung von schlechten Sitten zu zwingen, vor allem mit dem Moloch Kongress beschäftigt war, noch dazu fast nur mit seinen eigenen Demokraten. Bisher nicht erfüllt hat sich die Hoffnung der Republikaner, die Demokraten würden sich als zu zerstritten erweisen, um ein Grossprojekt wie die Gesundheitsreform auf die Zielgerade eines schwierigen legislativen Prozesses zu bringen.

Obama hat in seinem ersten Jahr in zwei Schritten beschlossen, mehr als 50 000 zusätzliche Soldaten nach Afghanistan zu schicken. Dies ist ein Vorgehen enormer politischer Tragweite. Er hat ferner das von seinem Vorgänger Bush begonnene Werk,

das Finanzsystem mit unverblümter Intervention vor dem Kollaps zu retten und die Wirtschaft vor einem Absturz in eine grosse Depression zu bewahren, im gleichen Stil fortgesetzt. Zudem entriss er – fast schon nebenbei – die Autokonzerne General Motors und Chrysler mit weiteren Milliarden der Vernichtung durch die Schumpetersche Kreativität des Kapitalismus. Er erzwang den Verkauf von Chrysler an Fiat, ebenfalls ein revolutionärer Eingriff im Gehege der Ikonen amerikanischer Industrie und Kultur.

Solche Massnahmen sind zwar keine «Erfolge», weil deren Wirkungen es nicht erlauben, eine Vorgabe auf der Wunschliste des Präsidenten abzuhaken, aber die Beschlüsse strafte jene Lügen, die unkten, Obama sei zu weich, um zu regieren, Macht auszuüben und Entscheidungen zu treffen.

Hingegen hat Obama dort versagt, wo seine Stärke zu liegen schien: Leute zu inspirieren, Hoffnung zu wecken, Zuversicht zu erhalten. Amerika ist weit entfernt von jener Aufbruchstimmung, die er als jugendlicher Senator im Wahlkampf und als erster Schwarzer im Weissen Haus bei der Amtsübernahme zu schaffen verstand. Die Magie ist weg, viele Leute sind frustriert.

Dies hat in erster Linie mit der sich dahinschleppenden Wirtschaftskrise zu tun, die Millionen in die Arbeitslosigkeit stürzte, während die Banken dank staatlichen Krücken überlebten und ihren Managern schon wieder hohe Boni ausschütten, die der Steuerzahler in aller Regel für unverdient hält. Die Überzeugung ist verbreitet und berechtigt, die Finanzinstitute und von diesen geförderte Politiker seien zu einem grossen Teil am Entstehen der spekulativen Blasen und damit an der Ursache der Krise schuld gewesen. Erst in den letzten Tagen ist Obama dazu übergegangen, den Unwillen gegen die Banken politisch aufzufangen, indem er diesen eine Sondersteuer auferlegen will.

### **Kampf um Arbeitsplätze**

Dabei hatte Obama die Stimmung im Land zu Beginn richtig eingeschätzt. Er stellte alle seine grossen Projekte in den Dienst der wirtschaftlichen Wiederbelebung und der Erhaltung von Arbeitsplätzen. Die Demokraten drückten ein 790 Milliarden Dollar kostendes Paket zur Ankurbelung der Wirtschaft durch den Kongress, beladen mit jenen

finanziellen Zückerchen für einzelne Wahlkreise, die der Wahlkämpfer Obama zu eliminieren versprochen hatte.

Die Gesundheitsreform, hiess es, sei notwendig, um Unternehmen und Privatpersonen von unzumutbaren Kosten zu entlasten und das staatliche Defizit zu vermindern. Die Energiepolitik sollte Millionen neuer Arbeitsplätze in zukunftsträchtigen Branchen schaffen, die nicht nach China ausgelagert werden könnten. Nebenbei würde die Klimaerwärmung bekämpft und das strategische Problem der Abhängigkeit von Erdölimporten verringert.

Die Notwendigkeit einer Erziehungsreform, die gewisse Gliedstaaten und die Lehrgewerkschaft aus ihrer Bequemlichkeit aufscheuchte, begründete der Präsident mit der Gefahr, von chinesischen, indischen und anderen Fachleuten aus bildungshungrigen Ländern bald übertrumpft zu werden. Die Regulierung von Banken und Finanzmärkten war schliesslich ebenfalls ein ökonomisches Anliegen, das die Wiederholung einer Krise wie der gegenwärtigen unterbinden sollte.

### **Es fehlt der Glaube**

Doch ausgerechnet Obama, der mitreissende Redner, der Didaktiker, der Volkspädagoge – die schärfsten Gegner riefen «Rattenfänger» –, scheiterte dabei, der Bevölkerung sichtbar zu machen, was in seinen Augen diese unterschiedlichen Themen vereinte: der Anspruch, Amerikas Position als führende Wirtschaftsmacht des Planeten langfristig abzusichern. Kaum jemand glaubt daran, dass die Gesundheitsreform die Unternehmer entlastet, sie damit in die Lage versetzt, mehr Leute zu beschäftigen und somit die Arbeitslosenrate von gegenwärtig rund 10 Prozent zu reduzieren.

Statt des angestrebten Nutzens in Form von Arbeitsplätzen und einem verminderten Defizit im Staatshaushalt stehen oft nur noch die Kosten im Vordergrund: Hunderte von Milliarden Dollar neuer Staatsausgaben, höhere Steuern und wachsende Inflationsgefahr. Es wirkt, als würden die Demokraten ihrem von Bill Clinton einst weitgehend widerlegten schlechten Ruf nachleben, dass unter ihrer Ägide Verschuldung, Steuerbelastung sowie Staat und Bürokratie wachsen, alles zulasten der Privatinitiative und der Wirtschaft.

Überdies hat es Obama versäumt oder vornehm unterlassen, darauf herumzuhacken, dass er in wichtigen Problemen wie der Finanzkrise, der Schliessung des Lagers Guantánamo oder Afghanistan die Suppe auszulöffeln hat, die ihm Bush und die Republikaner eingebrockt hatten. Die Selbstgerechtigkeit der Republikaner kann so weit gehen, dass ein Mann wie Rudy Giuliani den Lapsus begeht, zu behaupten, unter Bush habe es keine Terroranschläge in den USA gegeben. Giuliani war am 11. September 2001, als in Manhattan die Zwillingstürme fielen, Bürgermeister New Yorks, und im Weissen Haus sass Bush.

Die Republikaner, unter Druck einer Basisbewegung von rechts, stellen sich als Opfer der angeblich übermächtigen Demokraten dar, die Kongress und Weisses Haus beherrschen. Sie können nicht ganz ohne Grund hoffen, dass schon bei den Kongresswahlen im November 2010 eine empörte Wählerschaft die Demokraten bestrafen und deren Vorherrschaft in mindestens einer Kammer drastisch verringern oder sogar eliminieren wird.

### **Keine Frage der Ideologie**

Der Wahlkämpfer Obama hatte gemutmasst, es gehe den Leuten nicht um die von Reagan präsentierte ideologische Schlüsselfrage, ob der Einfluss des Staates zu gross oder klein genug sei. Was zähle, sei die Frage, ob Politik und Bürokratie die von der Wählerschaft bestellten Dienstleistungen lieferten. Auch hier strandete Obama auf dem Fels der Realität. Der Abwehrreflex gegen eine als wuchernd empfundene Bürokratie ist intakt, was bedeutet, dass das Feingefühl für Freiheit überdauert.

Solidarität mit den vom Leben weniger Begünstigten wird als Privatsache verstanden und durchaus täglich gelebt, von Spenden für eine Unzahl caritativer Organisationen bis zum Pathos des Dienstes in der freiwilligen Feuerwehr oder in der Berufsarmee. Der Staat soll sich aber demnach nicht einmischen. Obamas Diskurs stimmt mit dieser uramerikanischen Haltung durchaus überein. Er fordert oft individuelle Verantwortung, etwa bei der Erziehung der Kinder und bei seinen Aufrufen gegen Drogenkonsum, Fettleibigkeit oder Schulschwänzen.

Doch jene, die die Regierungspolitik als schleichende Verstaatlichung oder gar als Marsch in den Sozialismus darstellen, stossen auf viel Zustimmung. Dabei dienen oft weniger ideologische Kriterien als Massstab als schlechte Erfahrung: Gibt der Staat mehr Geld aus, steigt die Steuerlast. Das Gleiche gilt, wenn Amerika mehr oder intensivere Kriege führt, wie jetzt in Afghanistan.

Religiöse Eiferer, Spinner und Rassisten vermochten auch einige Hysterie zu verbreiten, wobei die Republikaner es versäumten, im Interesse eines zivilisierten politischen Wettstreit offensichtlichem Unsinn am rechten Rand entgegenzutreten. Obama ist weit davon entfernt, der Einiger und Vermittler zu sein, als der er antrat. Das offenbart nicht nur Schwächen des Präsidenten, sondern auch des Systems, in dem der Zustrom riesiger politischer Spenden und das Fehlen von Amtszeitbeschränkungen im Kongress Wettbewerb sowie Erneuerung behindern und die Polarisierung begünstigen.